



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

SGB-Pressekonferenz, 15. April 2020

Covid19: Pandemie unter Kontrolle halten und soziale Ungerechtigkeit vermeiden

Jetzt sind die Arbeitnehmenden dran!

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia, Vize-Präsidentin SGB

Die Covid-Seuche verursacht grosses menschliches Leid und sozialen Härten. Die Lage bleibt kritisch. Es braucht unverzüglich einen nationalen Covid-Überbrückungsfonds für Menschen, die sonst durch die Maschen fallen. Zudem muss der Bundesrat für den Erhalt der Kaufkraft, für einen Entlassungsstopp und für die Durchsetzung der Gesundheitsschutzmassnahmen in der Arbeitswelt sorgen.

Die Unternehmen erhalten (zinslose) Darlehen und können Kurzarbeit beantragen. 40 Milliarden hat der Bundesrat dafür zur Verfügung gestellt. Jetzt sind die Arbeitnehmenden dran. Es gilt mit aller Kraft, wirtschaftliche und soziale Not abzuwenden

1. Soziale Not verhindern mit einem nationalen Covid-Überbrückungsfonds

Der Bundesrat hat mit dem Ausbau der Kurzarbeits- und EO-Entschädigungen erste wichtige Schritte gemacht. Aber es braucht mehr. Zu viele Menschen fallen durch das Sicherheitsnetz:

- Temporärarbeitnehmende, die einfach ohne Lohn «nach Hause geschickt» werden, statt dass für sie Kurzarbeit beantragt wird.
- Hausangestellte und ein Teil der Selbständigen, die keine Kurzarbeitsentschädigung beziehen dürfen.
- Sanspapiers, die durch alle Maschen fallen.

Nicht nur den Unternehmen, die jetzt in Schwierigkeiten geraten, auch den Arbeitnehmenden muss jetzt schnell und unbürokratisch geholfen werden. Für alle Einzelpersonen, welche weder die Leistungen der Arbeitslosenversicherung noch der Erwerbersatz-Ordnung in Anspruch nehmen können, muss der Bundesrat sofort einen nationalen Covid-Überbrückungsfonds einrichten. Er soll ihre Existenz für die Dauer der Covid-Krise sichern und so eine Überlastung der bestehenden Sichernetze vermeiden.

2. Soziale Ungerechtigkeit vermeiden: Kaufkraft und Arbeitsplätze erhalten

Die wirtschaftlichen Folgen der Covid-Krise werden immer deutlicher. Jetzt sind wirtschaftliche Vernunft und neue Solidaritätsmechanismen gefragt, welche eine massive Zunahme von Armut und Prekarität verhindern. Das heisst: Kaufkraft erhalten, Arbeitslosigkeit eindämmen, Deregulierungen vermeiden.

Wenn die Kaufkraft breiter Bevölkerungskreise einbricht, besteht die Gefahr einer lang andauernden Rezession. Gegenmassnahmen müssen sich auf die besonders betroffenen Arbeitnehmenden mit tiefen und mittleren Einkommen konzentrieren. Wir fordern:

- **100 % Lohnersatz bis zu einem Nettoeinkommen von 5000 Franken.** Kurzarbeit ist mit Einkommenseinbussen von 20% und mehr verbunden. Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen geraten dadurch rasch in eine soziale Notlage. Ihr Lohn muss für die Dauer der Krise zu 100% ausgeglichen werden.

- **Bundesgarantie für Krankenkassenprämien.** Für viele sind die Krankenkassenprämien zurzeit eine kaum noch erträgliche Belastung. Der Bund muss hier für die Dauer der Krise einspringen und so einen wirksamen Beitrag zum langfristigen Erhalt der Kaufkraft leisten.

Die Arbeitslosigkeit ist bereits auf dem Vormarsch. Hier muss der Bund einen Riegel schieben. Wir fordern:

- **Entlassungsstop.** Unternehmen, welche Kurzarbeit oder Bundeskredite in Anspruch nehmen, sollen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und auf Entlassungen verzichten.
- **Wirksamer Kündigungsschutz** für ältere Arbeitnehmende und «Risikogruppen». Als Hauptleittragenden der Covid-Pandemie brauchen sie besonderen Schutz auf dem Arbeitsmarkt.
- **Einstieghilfen für Arbeitslose und Berufseinsteiger.** Wer in den Arbeitsmarkt einsteigen muss, hat es derzeit schwer. Für sie – und für Unternehmen, welche sie trotzdem einstellen wollen – braucht es jetzt Unterstützung.

Ein Teil der Arbeitnehmenden ist derzeit besonderen Belastungen ausgesetzt. Sie dürfen dafür keinesfalls bestraft werden. Wir fordern:

- **Keine Deregulierung der Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen.** Schon jetzt rufen Arbeitgeber – in der Pflege, im Detailhandel und zunehmend auch in anderen Bereichen – nach Sonderschichten, um entstandene Produktionslücken zu decken. Für die Unia ist klar: Eine Verschlechterung des Arbeitsgesetzes oder sonstige Deregulierungen kommen nicht in Frage! Die Unternehmen müssen bei Bedarf das nötige Personal anstellen.

3. Pandemie unter Kontrolle halten: Massnahmen in der Arbeitswelt durchsetzen

Alles deutet darauf hin, dass die Bedrohung durch das Covid19-Virus noch für längere Zeit fortbestehen wird. Dass die Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bzw. zum Schutz der Arbeitnehmenden in der Arbeitswelt nach wie vor unzureichend umgesetzt werden, ist umso weniger akzeptabel. Das macht vorsorgliche Betriebsschliessungen nötig und erschwert die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Tätigkeiten. Wir müssen hier rasch viel besser werden! Die Gewerkschaften sind bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Wir fordern darum eine sofortige und umfassende Stärkung der Kontrollen am Arbeitsplatz:

- Die Kontrollen der Pandemiemassnahmen im Bau und Gewerbe müssen ab sofort durch die Kantone und die SUVA zusammen mit den Arbeitsmarktkontrollvereinen und den paritätischen Kontrollinstanzen der Sozialpartner durchgeführt werden.
- Die kantonalen Arbeitsinspektorate müssen die Kontrollen in den Industrie- und Dienstleistungsbetrieben massiv verstärken.
- Zur Unterstützung der Kontrollinstanzen sollen Zusatzkräfte ausgebildet und beigezogen werden.
- Die Mitarbeitenden und wo vorhanden, die Personalkommissionen und betrieblichen Sicherheitsbeauftragten, müssen systematisch einbezogen werden, um die Qualität der Kontrollen sicherzustellen.
- Diese Massnahmen müssen unter Einbezug der Sozialpartner koordiniert und gesteuert werden. Nur so ist eine hohe Akzeptanz und eine wirksame Durchsetzung möglich.

Wir fordern den Bundesrat beziehungsweise das Seco auf, die Umsetzung umgehend an die Hand zu nehmen